

Newsletter GRÜNE Zeiten

März 2010 Bündnis 90/ DIE GRÜNEN Kreisverband Essen

Editorial

Stadtfinanzen an der kurzen Leine des Regierungspräsidenten



Essen ist Leitfadenkommune geworden. Nun bestimmt der Regierungspräsident über Investitionen und Ausgaben. Erste unsoziale Streichungen trafen freiwillige Leistungen der Stadt. Die erfolgreichen Sprachkurse an der Uni für Migrantenkinder wurden gestrichen und die Stadt darf keine Auszubildenden mehr übernehmen. Zusätzlich werden immer häufiger Sparideen in der Presse hyperventiliert, die kurz darauf dementiert oder zurückgezogen werden. Da war von einer Erhöhung der Kindergartenbeiträge wie von höheren Eintrittspreisen für Theater und Philharmonie die Rede. Die Finanzierung des Ausbauprogramms für Kindergartenplätze für Kinder unter 3

Jahre ist gefährdet usw. Angesichts der Situation von Essen wie aller Ruhrgebietsstädte wird jedoch überdeutlich: eigene Anstrengungen allein sind vergeblich, um die Schieflage der kommunalen Finanzen zu beheben. Schwarz-gelb in Bund und Land gefährden wie vorher die große Koalition substantiell die Lebensfähigkeit unserer Stadt. Hilfe von Bund und Land sind angesagt, die immer mehr finanzielle Lasten auf die Städte abgewälzt haben. Deshalb fordern die Ruhrgebietsstädte gemeinsam Hilfe. Das Land und allen voran Finanzminister Linssen stellen sich aber stur. GRÜNE haben dazu eine Resolution für den Stadtrat vorbereitet, die wir im Newsletter wiedergeben.

Ansonsten bietet die CDU als neue Narretei das Geschäftsmodell „Rent a Rüttgers“ an. Leider war dies ernst gemeint und kein Karnevalsscherz. Wer will schon einen käuflichen Ministerpräsidenten? Arbeiten wir gemeinsam daran, dass die Tage dieser schwarz-gelben Landesregierung gezählt sind.

*In diesem Sinne viel Spaß beim Lesen
wünscht Steffi Hansmeier-Maas.*

GRÜNE wollen Resolution zum Stadthaushalt einbringen

Kommunen brauchen eine verlässliche Finanzierung ihrer Aufgaben

Zu diesem Thema wird der Haushaltsexperte der GRÜNEN Mehrdad Mostofizadeh auf der nächsten Mitgliederversammlung der GRÜNEN am 17.3.2010 referieren. Den Entwurf der Resolution und weitere Informationen finden sie hier:

<http://gruenerkv-essen.de/publikationen/th-s/sw.html#c18223>

GRÜNE legen bei der kommunalen Finanzsituation das Augenmerk auf eine Generalbetrachtung, die gerade auch die Verantwortung des Landes (u.a. auch für Bundessteuergesetze) mit im Blick hat. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, dem NRW zugestimmt hat, bringt allein Einnahmeausfälle von 350 Millionen Euro für die

NRW-Kommunen. Dies sind für Essen fast 11 Millionen Euro jährlich - also etwa so viel, wie wir für alle Bäder ausgeben. Der geplante Stufentarif soll eine weitere Entlastung von 19 Milliarden Euro bundesweit im Bereich der Einkommensteuer bringen. Tatsächlich geht der Bundesfinanzminister sogar von weit höheren Kosten aus. Ausweislich einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der GRÜNEN Bundestagsfraktion würde dies sogar 67 Milliarden kosten, wenn man ansonsten nichts am Steuerrecht ändert.

Die NRW-Kommunen befinden sich in einer katastrophalen Finanzsituation. Alleine in der Zeit von Mitte 2005 bis Ende 2009 stiegen die kommunalen Kassenkredite in NRW um rund 70% von 10,2 auf rund 17,6 Milliarden Euro. Die NRW-Kommunen haben damit über die Hälfte der bundesweiten Kassenkredite aufgenommen. Dies kommt einer tickenden Zeitbombe gleich, besonders angesichts der wahrscheinlich ab dem Ende dieses Jahres wohl wieder steigenden Zinsen. Dies hat zur Folge, dass sich seit 1992 die kommunalen Sachinvestitionen von 6,4 Mrd. Jahr für Jahr deutlich reduziert haben. Sie betragen Ende 2006 nur noch 2,95 Milliarden Euro. Der Anteil der Investitionen in kommunalen Unternehmen in NRW fiel von 672,26 Euro je Einwohner auf 637,17 je Einwohner, im Ruhrgebiet von 611,33 Euro auf 289,81. Gerade einmal 10 % der Städte und Gemeinden verfügen noch über einen strukturell ausgeglichenen Haushalt.

Die frustrierende Tagesordnung vieler Kommunen in NRW lautet daher: Theater schließen, Stellen streichen, auch leistungsfähige Beschäftigte nicht mehr befördern. In Schulen und Kindertagesstätten können von Allen gewollte Investitionen für eine bessere pädagogische Betreuung und zur Senkung der Energiekosten oftmals nicht durchgeführt werden, Sportanlagen verrotten und die Ratsmitglieder können trotz intensiver Anstrengungen nicht ansatzweise die Löcher im Haushalt stopfen. Zudem spart das Land enorm zu Lasten der Kommunen und der Bund senkt Steuereinnahmen und verlagert Kosten des Sozialstaats.

Kommunen brauchen eine verlässliche Finanzierung ihrer Aufgaben

Deshalb fordern GRÜNE in einer Resolution im Stadtrat (Auszüge aus dem Entwurf von Mehrdad Mostofizadeh u.a.)

1. Der Bund muss die **Planungen für weitere Steuergeschenke in ungeahnter Größenordnung einstellen** und bereits beschlossene unsinnige Gesetze - wie das Wachstumsbeschleunigungsgesetz - rückgängig machen. Das Land wird aufgefordert, ebenfalls im Bundesrat entsprechend aktiv zu werden. Ansonsten werden in vielen Kommunen 2010 und 2011 buchstäblich die Lichter ausgehen. Die Finanzierungsbasis der kommunalen Haushalte muss stattdessen auf neue Füße gestellt und damit gesichert werden. Ihre Ausgaben müssen entlastet werden.

2. Die Kommunen müssen eigene verbrieftete **Einnahmemöglichkeiten** behalten, um die grundgesetzlich garantierte Funktion als eigenständige Handlungsebene im Staatsaufbau erfüllen zu können. Die Gewerbesteuer muss in ihrem Charakter als **kommunale Wirtschaftssteuer** erhalten und gestärkt werden, indem ihre Bemessungsgrundlage durch die Einbeziehung der freien Berufe erweitert wird. Das Land muss gesetzlich verpflichtet werden, in steuerlich besseren Zeiten Rücklagen für die Kommunen zu bilden. Daher wird die **Abschaffung der Gewerbesteuer abgelehnt**.

3. **Bund und Land** müssen ihrer Verantwortung für einen sozialen Föderalismus wieder gerecht werden und einen deutlichen höheren Anteil an der **Finanzierung der Soziallasten** übernehmen. Unter anderem muss der Bund in einem ersten Schritt wieder einen angemessenen Anteil an den **Kosten der Unterkunft** tragen. Statt ihn von vormals 31,2 auf nunmehr etwa 23 % abzusenken, wäre ausweislich aller fachlichen Untersuchungen eine Beteiligung in der Größenordnung von 38 % erforderlich.
4. Die **Förderpolitik des Bundes** muss sich künftig mehr nach Bedürftigkeit und nicht nach Himmelsrichtung definieren. Das heißt, der Solidarpakt Ost soll in einen Solidarpakt für finanzschwache öffentliche Haushalte überführt werden. Bis zum Auslaufen des Solidarpaktes Ost sollte durch Umgestaltung zumindest sichergestellt werden, dass nicht mehr wie bisher extrem finanzschwache Kommunen durch Aufnahme von Krediten Finanzierungen von Ostkommunen leisten müssen.
5. Das Land muss seinen **Raubzug durch die kommunalen Kassen sofort beenden** und stattdessen wieder zu einer verlässlichen Finanzierung zurückkehren. Daher sind Kürzungen und Aufgabenverlagerungen zurückzunehmen. Das Land muss die Regelungen zur **Konnexität** strikt einhalten und darf nicht Aufgaben und Lasten ohne angemessenen finanziellen Ausgleich auf die Kommunen abschieben.
6. Die zu viel gezahlte Beteiligung an den **Solidarpakt-Lasten** des Landes für die Jahre 2006 bis 2009 müssen kurzfristig vom Land zurückgezahlt werden. Das Land wird aufgefordert, die Grundsätze des Urteils des Verfassungsgerichtes vom 11.12.2007 dauerhaft anzuwenden.
7. Als Soforthilfe muss das Land den besonders schwachen Kommunen mit einem **Altschuldenfond** zumindest über die größte Not helfen, um eine noch dramatischere Verschuldungsspirale abzuwenden.
8. Das Land muss den **Nothaushaltskommunen bei Förderprogrammen** entgegen kommen und in begründeten Fällen auf die Erbringung von Eigenanteilen ganz oder teilweise verzichten. Zudem soll es den Nothaushaltskommunen mit einem Sonderprogramm zur energetischen Gebäudesanierung dabei helfen, ihren Investitionsstau aufzulösen und gleichzeitig wirtschaftlich und ökologisch notwendige Investitionen zu ermöglichen.

Sparzwang: Kita-Ausbau geht weiter, aber mit Abstrichen

Auch wenn der Entwurf zum Haushalt 2010/2011 noch nicht vorliegt, hat uns im März die erste haushaltsrelevante Vorlage bereits erreicht. Aufgrund der Fristen des Kibiz musste der JHA (Jugendhilfeausschuss) über den weiteren Kita-Ausbau entscheiden. Die gute Nachricht vorweg: Der Bereich Kinderbetreuung wird im nächsten Kindergartenjahr um etwa 5,8 Mio. Euro gegenüber dem Rechnungsergebnis 2009 erhöht. <http://gruenerkv-essen.de/publikationen/th-s/sw.html#c18146>

Konkret heißt das, dass weitere 210 Plätze für Kinder unter 3 Jahren sowie 133 Plätze für 3-6-Jährige neu geschaffen werden. Damit erreicht Essen einen vorläufigen Höchststand bei den Versorgungsquoten von 18,6% bei U3 und 89,3% bei 3-6 Jahren.

Hinzu kommt der weitere Ausbau der Kindertagespflege, um weitere 120 Tagespflegeplätze zu schaffen.

Die schlechte Nachricht: Auch im Bereich der Kinderbetreuung sollen Einsparungen vorgenommen werden. Als Konsolidierungsbeitrag für das Jugendamt hat die Verwaltung vorgeschlagen, den Ausbau der neuen Plätze vorrangig in den 25- und 35-Stundenbereich zu legen und weniger 45-Stunden-Plätze anzubieten. Nachdem es aus Politik sowie von Seiten der Wohlfahrtsverbände im Jugendhilfeausschuss noch erheblichen Diskussionsbedarf gab, wurde eine Sondersitzung für den 1. März einberufen.

Auch die Grüne Fraktion sah die Reduzierung der 45-Stunden-Plätze kritisch, schloss sich jedoch der Forderung nach einer Sondersitzung an, damit noch Nachbesserungen erzielt werden konnten. „Eine Ablehnung der Vorlage im Februar hätte zur Folge gehabt, dass wir gar keine neuen U3-Plätze in diesem Jahr hätten schaffen können, dies hätte uns in der Umsetzung des Rechtsanspruchs bis 2013 deutlich zurückgeworfen“, so Christine Müller-Hechfellner, Sprecherin der Grünen im Jugendhilfeausschuss.

Zwischenzeitlich konnte sich die Verwaltung mit den Verbänden auf ein alternatives Ausbaukonzept einigen, welches den Abbau der 45-Stunden-Plätze deutlich verringerte, aber letztlich etwa die gleiche Platzzahl zur Verfügung stellt. Der Anteil der 45-Stundenplätze bleibt gleich. Dies bedeutet auch eine größere Planungssicherheit nicht nur für die Träger, sondern auch für die Eltern, die berufstätig sind oder aber Sommer wieder in den Beruf zurückkehren.

Hier wird deutlich, wie das schwarz-gelbe Kibiz-Gesetz die Situation in den Kindertageseinrichtungen verschärft hat, indem Personalkosten nur noch über die Kindpauschalen berechnet werden und nicht wie früher über die Gruppengröße. Einrichtungen mit relativ jungen ErzieherInnen können flexibler auf Veränderungen in den Stundenkontingenten reagieren als Einrichtungen mit „dienstälterem“ Personal. Hier muss das Gesetz dringend nachgebessert werden.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hält weiterhin Bundesmittel für den U3-Ausbau zurück, dadurch verliert Essen ebenfalls die nötigen Mittel zum Ausbau. Da gibt es am 9. Mai Handlungsbedarf auf Landesebene per Abwahl!

Im Mai wird die Verwaltung ein Konzept vorlegen, wie die weitere Ausbauplanung bis 2013 aktualisiert fortgeschrieben werden soll. Für die weitere Debatte um den U3-Ausbau ist es aus Grüner Sicht, wichtig und notwendig, die Bedarfe von Eltern und Kindern stärker zu berücksichtigen. Dringend notwendig ist auch eine fachliche Debatte über die Standards zu führen, die wir in der Kinderbetreuung vorhalten wollen.

Neben dem Kriterium „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ wird gerade in Essen das Kriterium „Kindeswohl“ ein immer wichtigeres.

Große Anti-AKW-Demonstration in Ahaus

Busfahrkarten über GRÜNE Essen

Atomausstieg durchsetzen gegen schwarz-gelbe Verlängerungspläne

Die Ahaus-Demo am Samstag, den 24.4.2010 beginnt um 12:30 Uhr und soll vom Bahnhof Ahaus zum Zwischenlager führen. Zwei Tage vor dem Tschernobyl-Jahrestag und zwei Wochen vor der Landtagswahl wollen wir als GRÜNE dort ein starkes Zeichen setzen.



GRÜNE Essen mieten einen Bus an und verkaufen Fahrkarten für 10 Euro (StudentInnen usw. 5,- Euro). Der Bus fährt von Essen-Hauptbahnhof (Südseite) (10.30) über Mülheim Hauptbahnhof (11.00) nach Ahaus. Die Rückfahrt erfolgt gegen 16.00 Uhr.

Kartenverkauf per Mail: kreisverband@gruene-essen.de oder Telefon: 0201-2476433

<http://www.kein-castor-nach-ahaus.de/app/download/2807546710/Aufruf-Tschernobyl-farb.pdf>

<http://www.ausgestrahlt.de/>

Fremdenhass ist bei uns unerwünscht!

Katernberger Aufruf - Zusammenstehen gegen Pro NRW

Dieser Aufruf wird u. a. einstimmig unterstützt von der Bezirksvertretung VI und V, dem Anti-Rassismustelefon, den GRÜNEN und zahlreichen anderen Gruppen und Organisationen. Am 26. 3. um 14.30 Uhr findet auf der Schalker Straße vor der Fatih-Moschee ein interkulturelles Fest sowie ein interreligiöses Gebet statt, um sich dem Aufmarsch von Pro NRW entgegenzustellen.

<http://gruenerkv-essen.de/publikationen/th-s/rechts.html#c17792>

Die rechtspopulistische Partei "Pro NRW" will am 26. März 2010 vor der Moschee in Katernberg demonstrieren. Ein breites Bündnis wird dann nachmittags vor der Moschee feiern und sich dem rechten Aufmarsch entgegenstellen. GRÜNE sind dabei.

Mit ihrer "Minarett-Verbotsforderung" will sie unser friedliches Zusammenleben zerstören. Wir sehen nicht ein, dass die Herkunft und Religion unserer Freunde, Nachbarn und Arbeitskollegen rassistisch missbraucht wird. Wir wehren uns gegen diese menschenverachtende Propaganda! Wir appellieren an die Verantwortlichen in Polizei und Verwaltung, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um diesen Aufmarsch zu verhindern.

Deshalb erklären wir: **Fremdenhass ist bei uns unerwünscht!**

Verwaltungsgerichtsurteil zu Flughafen Essen/Mülheim

GRÜNE begrüßen Urteil gegen Düsenflugverkehr

Als „wichtigen Meilenstein im langwierigen Kampf um die Stilllegung des Flughafens Essen/Mülheim“ hat die Fraktionssprecherin der Essener Grünen, Hiltrud Schmutzler-Jäger, das Urteil des Düsseldorfer Verwaltungsgerichts vom 26.2. bezeichnet. Sie stellt weiterhin fest: „Wir sind froh und erleichtert, dass das Gericht den Bemühungen von Geschäftsführer Eismann und Teilen des Aufsichtsrates, den Düsen-

flugverkehr quasi durch die Hintertür über eine dauerhafte Ausnahmegenehmigung einzuführen, einen Riegel vorgeschoben hat.“

<http://gruenerkv-essen.de/publikationen/th-s/sv0/flugh-em.html#c18047>

Der Grüne Landtagskandidat, Mehrdad Mostofizadeh, ergänzt hierzu: „Wir Grünen halten unverändert an unserem Ziel fest, den Flughafen langfristig zu schließen und werden uns weiterhin zusammen mit der Bürgerinitiative dafür einsetzen, dass der entsprechende – vor vielen Jahren einstimmig gefasste – Ratsbeschluss endlich umgesetzt wird. Für dieses Anliegen werde ich mich künftig auch auf Landesebene stark machen.“

Ein Anwohner hatte erfolgreich gegen die Start- und Landeerlaubnis für kleinere Düsenflugmaschinen am Flughafen Essen/Mülheim geklagt. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf gab der Klage des Mannes aus Essen statt, weil für die Änderung des Betriebes des Flugplatzes möglicherweise ein Planfeststellungsbeschluss erforderlich gewesen wäre und eine Änderungsgenehmigung. Damit sind die - vom Kläger angefochtenen - Erlaubnisse für Start und Landung der kleinen Düsenjets rechtswidrig. Gegen das Urteil kann Berufung eingelegt werden.

GRÜNE Jecken mischen mit im Karneval

Beim Bollerwagenumzug in Essen-Werden. Mit dem Motivwagen und in Bademänteln setzen sich die GRÜNEN für den Erhalt des Hallenbades in Werden ein.



Rad-Gehweg am Südufer des Rhein-Hernekanals

Auf Antrag der GRÜNEN wurde bei der Fortschreibung des Haupttroutennetzes für den Radverkehr auf der Sitzung der Bezirksvertretung V die Strecke eines Rad-Gehweges am Südufer des Rhein-Herne-Kanals wieder in den Plan für das Essener Radverkehrsnetz aufgenommen. Der Beschluss wurde einstimmig gefasst. Die GRÜNEN werden den Antrag auch in der Bezirksvertretung Borbeck stellen. In der Ratsperiode 99-2004 hatten CDU und FDP noch für die Streichung der Strecke gesorgt.

<http://gruenerkv-essen.de/aktuelles/lesen/nachricht/rad-gehweg-am-suedufer-des-rhein-hernekanals.html>

Dazu erklärt Bezirksvertreter Joachim Drell:

„Für Altenessen und Vogelheim wäre die Verwirklichung einer Südroute unter Querung des Stadthafens erstrebenswert. Dass der RVR bereits einmal Zusagen zur Finanzierung gegeben hatte, unterstreicht die überörtliche Bedeutung dieses Abschnitts. Insgesamt handelt es sich um einen wichtigen Lückenschluss in der Gesamtstrecke. Der Weg ist derzeit auf seiner gesamten Länge nur im Essener Abschnitt zwischen Hafenstraße und Verlängerung Levinstraße unterbrochen. Somit hätte diese Maßnahme als gemeinsamer Fuß- und Radweg einen erheblichen Wert für Freizeit und Tourismus im Essener Norden und ist deshalb in die Zielplanung aufzunehmen.“

GRÜNE setzen auch darauf, dass die politischen Mehrheiten aus CDU und FDP, die die Planung des RVR seinerzeit verhindert haben, nicht mehr relevant sind und gehen davon aus, dass diese Planung, wenn auch verspätet, Mehrheiten finden wird.

Glückaufhaus - GRÜNE für Erhalt des Grünstreifens

Auf Wunsch des Investors für das Glückaufhaus präsentierte die Verwaltung Pläne, Teile des Grünstreifens vor der Garagenausfahrt zur Rüttscheider Straße hin zu asphaltieren, um den Autos eine direkte Abfahrt zur Innenstadt bzw. zu den Autobahnen nach Bochum bzw. Mülheim zu ermöglichen. Bürgermeister Fliß und Reinhard Mielke von den GRÜNEN in der BV I lehnen diese Pläne ab, fordern Zeit zur Beobachtung, ob die bisherige Situation wirklich zu Behinderungen führt. Außerdem ist nicht sichergestellt, dass durch die Baumaßnahmen auf dem Mittelstreifen die Bäume nicht Schaden leiden.



GRÜNE Köpfe: Essener GRÜNE stellen sich vor

Unser neues "Who is who?" im Kreisverband Essen bietet jede Menge an Kontakt- und Informationsmöglichkeiten. Einfach mal reinschauen.

["Who is who?" als .pdf](#)

Mit der Sonne Geld verdienen und CO₂ einsparen

Zur Weiterentwicklung des Gedankens der Solargenossenschaft Essen – Errichtung weiterer Anlagen unter Bürgerbeteiligung auch mit kleinerem Budget in einer sicheren und demokratischen Rechtsform – sucht die Solargenossenschaft weitere Kooperationspartner (Mindesteinlage 250 Euro).



Mit dieser Genossenschaft sollen weitere Bürgersolaranlagen errichtet werden. Mitmachen und investieren erwünscht!

<http://gruenerkv-essen.de/publikationen/th-s/eku0/energie-klima/energie.html#c17508>

Friedenskultur.2010 - Unsere Zukunft atomwaffenfrei!



Eingebunden in die Aktivitäten der Stadt Essen als Kulturhauptstadt Europas 2010 und unter der Schirmherrschaft von Wolfgang Thierse, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, werden vom 19. - 21. März 2010 im Vorfeld der New Yorker Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages ein internationaler Kongress "Unsere Zukunft atomwaffenfrei" mit prominenten Politikern, Völkerrechtsexperten, Publizisten und Vertretern der weltweiten nuklearen Abrüstung, sowie eine Kulturveranstaltung "Künstler für den Frieden" geplant.

Von der Kulturhauptstadt 2010 soll die Botschaft an die internationale Öffentlichkeit und die Nichtverbreitungskonferenz 2010 ausgehen: "Atomwaffen abschaffen - Unsere Zukunft atomwaffenfrei!". <http://www.friedenskultur2010.de/>

Vorabankündigung:

Wir laden ein zu unserer Geburtstagsfeier

30 Jahre GRÜNE in Essen

am 23.4.2010 um 19.30 im Unperfekthaus, (Wintergarten im Dachgeschoss) Einladung demnächst.

30 Jahre Grüne in Essen - Teil 2

Ein Interview von Walter Wandtke mit Udo Steinhauer, seines Zeichens 1980 Gründungsmitglied der Essener Grünen:

Anno 1979 und 1980, in den Anfangsjahren der Grünen, wurden noch die Grenzen des inneren Spektrums ausgelotet. Welche Gruppen aus der Umweltbewegung können dazu gehören, welche Positionen bringen grün gedachten Naturschutz in autoritäre Richtung braun gefärbter Volk und Heimatschütze? Wie ist Basisdemokratie mit der Vergangenheit ehemaliger Kommunisten vereinbar, die viele Jahre in zentralistischen Kadermentalität und dem Traum einer Diktatur des Proletariats verbracht hatten?

Eigentlich war die Grüne Mischung der ersten Grünen Jahre explosiv und es ist ein Wunder, dass trotz kleinerer Abspaltungen dieser neue „Laden“ nie ganz auseinander flog. „Wir waren jung und wollten es wissen!“ so beschrieb Udo Steinhauer das Gefühl während des Parteigründungsprozesses.

<http://gruenerkv-essen.de/publikationen/th-s/mon-int/30-jahre-gruene-in-essen-teil-2-20100302.html#c18211>

Walter Wandtke:

Die Stichworte „Zinkstraße“ und „Panzerbauwald“ markieren wichtige Umweltstreitthemen der frühen achtziger Jahre, insbesondere in Borbeck und Dellwig. Wie seit ihr mit solchen konkreten Auseinandersetzungen umgegangen, um Grüne Zeichen für eine neue Umweltpolitik zu setzen?

Udo Steinhauer:

Nun erst einmal hatten wir ja ganz konkrete Ziele, die wollten wir basisdemokratisch bestimmen und dort die Grenzen neu ausloten. Bezogen auf den Borbecker Raum ging es beim „Panzerbauwald“ um ein klassisches Gewerbegebiet, in dem über 40 Jahre lang die Natur sich hatte frei entwickeln können. Dieser Bereich war aber stark beeinflusst von Emissionen der Bergeborbecker Aluminiumhütte. Der Panzerbauwald in Bergeborbeck hatte bis dahin insbesondere die Abgase der Alu-Hütte und die Emissionen der Bottroper Kokerei Prosper soweit wegfiltern können, dass das Borbecker Zentrum davon weitgehend verschont wurde. Dieser Wald sollte abgeholzt und als Gewerbegebiet bebaut werden. Da haben wir damals gesagt – das geht so nicht. Gegen diese Planungen haben wir dann eine Ausstellung im Schloss Borbeck organisiert, über die in der Presse auch berichtet wurde..

W:

Da waren bestimmt die tapferen Borbecker Nachrichten mit an vorderster Front?

U :

Ja genau, aber in die wichtigere lokale Presse von WAZ und NRZ drang so gut wie nichts durch, die waren fast wie gleichgeschaltet. Bis es dort dann eines Tages einen jungen Volontär gab, der dieses Thema dann über mehrere Seiten aufbereitete. Der Streit um das geplante Gewerbegebiet im „Panzerbauwald“ war dann unweigerlich auch mit der dort besonders häufig verbreiteten Lungenkrankheit „Pseudokrupp“ verbunden.

W.:

Ich glaube, heutzutage ist vielen LeserInnen der Vorgeschichte dieses Panzerbauwaldes nicht mehr geläufig. Deshalb ein knapper Hintergrund: Bis Kriegsende 1945 war dort in gigantischen Tiefbunkern der Kruppsche Panzerbau beheimatet. Nach dem Krieg wurden diese massiven Bunker nicht gesprengt, sondern sich selbst überlassen, liefen einerseits voller Wasser, während sich auf den Dächern bis Mitte der achtziger Jahre Pflanzen und Tiere ansiedelten. Planungsrechtlich war es aber Gewerbegebiet geblieben.

U.:

Aber aus diesem sogenannten „Sukzessionswald“ war trotzdem ein lebendiger echter Wald entstanden, den man sehen konnte, und dessen Tiere auch zu hören waren. Außerdem hatten dort die Baracken etlicher tausend Zwangsarbeiter gestanden, bis zum April 1945 für die deutsche Rüstungsindustrie hatten schuften müssen. Diese oberirdischen Anlagen und Hallen waren später demontiert worden und es entstand eine Industriebrache. Deshalb war dieser Panzerbauwald dann in den achtziger Jahren auch alles andere als ein klassisches Gewerbegebiet. Deshalb kann diese Auseinandersetzung auch nicht in die Tradition anderer sonst üblicher Debatte um die Neuausweisung von Gewerbeflächen gestellt werden.

Die Natur über den teilweise mehr als meterdicken Betondecken war wildromantisch. Die Borbecker kannten das, und liebten ihren „Panzerbauwald“.

W.:

Dann darf man also festhalten, dass sich an und in diesem Panzerbauwald die Umweltbewegung in Essen hochgezogen hat, bzw. lokalpolitisch auch mitgewachsen ist. Wenn es hier auf Essener Ebene den verbindenden Punkt verschiedener Umweltgruppen in der Stadt gab, möchte ich doch noch zu den großen bundespolitischen Themen kommen. Immerhin leben wir hier in der Höhle der Löwen der Atomwirtschaft. Wir haben die RWE -Zentrale und die Stadt Essen ist auch noch bedeutender Aktionär dieses Atom-, Braun- und Steinkohle-Energiekonzerns. Welche Rolle spielte denn der Kampf gegen neue Atommeiler wie Brokdorf oder Kalkar, gegen den Atom-Staat überhaupt, für euch Grüne Gründerväter?

U.:

Brokdorf hatte einen riesigen Mobilisierungsfaktor. In der Wohngemeinschaft in der ich lebte, ist man natürlich dorthin demonstrieren gegangen. Aber dann ist man abends auch wieder nach Hause gekommen. Das hatte mit der praktischen politischen Arbeit vor Ort wenig zu

tun.“Atomstaat nein danke!“, das war das übergeordnete Symbol, auch für den ersten Europawahlkampf der Grünen 1979. Uns ging es jetzt darum, diesen Kampf auf mehr Füße zu stellen, die normalen Bürger mit diesen Problemen anzusprechen.

Wir hatten dann auch Anti-Atom-Initiativen, die sich besonders an Bürger richteten, die z.B. Angst um ihr Eigentum hatten. Wie viel ist mein Häuschen denn noch wert? Wenn in der Nähe ein Atomkraftwerk errichtet wird, kann ich das überhaupt noch weiter verkaufen? Bei den Linken war immer nur von Enteignung die Rede. Dass die Enteignung quasi von oben, durch den möglichen „Fall out“ der Atomkraftwerke drohte, das war bei den Linken kein Thema. Indem wir solche Gefühle ernstnahmen, hatten wir diese Menschen auf einmal gewonnen.

W.:

Vor dreißig Jahren war die Politik der sogenannten K-Gruppen, der Kommunisten in unterschiedlichen Kleinparteien, gerade beim Atomthema insgesamt sehr widersprüchlich. K-Gruppen verbreiteten meistens die Perspektive, mit Atom-Kraftwerken gesund und staubfrei unsere Energieprobleme lösen zu können:

U:

Ich erinnere mich an Gespräche z.B. mit Vertretern der DKP, die sagten: Natürlich demonstrieren wir da in Westdeutschland mit. Aber in der DDR ist das alles glänzend geregelt, da gehören die Atomkraftwerke ja auch dem Volk. Ich war dabei doch sehr skeptisch. Wie sich dann ja auch herausgestellt hat (*Tschernobyl*), ist das eine ideologische und keine pragmatische Sicht der Dinge gewesen.

Das war der Vorteil der Bürgerinitiativen, dass man sich sachkundig machte und auch das Recht dazu hatte. Es war vom System her möglich, hier Widersprüche zu haben und diese auch öffentlich zu äußern. Diese ganze Sache mit direkter Demokratie und so weiter, das war hilfreich für solche Initiativen.

W:

Da frag ich in dieser Richtung weiter. Atomstaat ist natürlich grünes Kernthema, aber heute geht's auch um Bürgerrechte, Datenschutz, Wahlrechtsreformen, hattet ihr da auch was vorzuweisen?

U.:

Wir hatten damals auch Visionäre in unseren Reihen. Die sagten einerseits, dass Datenschutz sehr wichtig sei, die sahen aber auch die positiven neuen Möglichkeiten der neuen Medien, sei es „home office“ oder ähnliches. Das war in der Partei allerdings eine Minderheit, die das so sah.

W.:

Sonst war gegenüber der Umweltbewegung oft zu hören, sicher, Umweltschutz ist wichtig. „Ihr seid dabei aber schon technikfeindlich! Ihr wollt den Fortschritt verhindern!“ Ihr wollt zurück in die Steinzeit und der Strom kommt nicht einfach aus der Steckdose.

U.:

Die Gefahr solcher Gedankengänge bestand durchaus. Es existierten teilweise ja attraktive Angebote. Aus dem Spektrum aus dem ich komme, da haben sich viele für Landkommunen und ähnliches interessiert. Ich hatte das damals eher als eine rückwärtsgerichtete Bewegung gesellschaftlicher Entwicklung gesehen.

Mir war wichtig, auch die Industrie zu verändern. Ironischerweise haben wir damals gefordert, das Kapital muss zur Arbeit gehen. Tatsächlich ist das Kapital zur Arbeit gegangen und hat die Globalisierung entwickelt und wir müssen jetzt mit den Folgen leben. Insgesamt ist das aber eine interessante Entwicklung, weil die Verteilung des Wohlstands leichter als früher möglich ist. Darüber hinaus aber gilt, unser Wohlstand ist durch die globale Finanzkrise gefährdeter als in der Vergangenheit..

W.:

Finanzkrise - Das sind gegenwärtig doch die Themen, die Gruppen wie Attac , die gerade ihr 10-jähriges Jubiläum feiern durften - und andere ,schwerpunktmäßig aufgreifen. Ich erinnere mich an Kritiken zur Grünen Parteiwerdung, die als Hauptvorwurf sagten, mit dem Prozess von der Bewegung zur Partei grenzt ihr wichtige Gruppen aus. Trotz grundsätzlich gleicher fortschrittlicher Zielsetzung schwächt das die Geschlossenheit für gesellschaftliche Veränderungen.

U.:

Es gab tatsächlich Ausgrenzung. Ich denke an die Diskussion um die Doppelmitgliedschaft. Es gab heftige Diskussionen darum, ob auch Organisationen Mitglied der Grünen Partei werden könnten. Ich sah es aber so, dass eine Reihe von Leuten Angst hatte, sich einfach nicht für etwas Neues entscheiden konnte, und darum lieber ihre alte Organisation im Rücken behalten wollten. Das Parteiengesetz hat so etwas aber nicht zugelassen. Letztlich mussten die Menschen sich dazu bekennen, was sie denn wollten.

W.:

Jetzt haben wir die Vorgeschichte der Grünen Parteigründung mit ihren Gruppenprozessen dargestellt. Danach ist es von der Gründung 1980, über den Einzug in den Bundestag im März 1983, bis zur Stadtratsfraktion einer Grün-Alternativen Liste GAL im Herbst 1984 doch rasant schnell aufwärts gegangen. Was war das für eine Art von Aufbauarbeit der Partei?

Immerhin war die GAL doch der Versuch, ein lokalpolitisches Bündnis zu schmieden, das weit über die Grüne Parteimitgliedschaft hinausgehen sollte. Über 2 Ratsperioden stand diese GAL, die gleich mit über 7% in den Rat eingezogen war, zumindest im eigenen Selbstverständnis für Positionen, die sich etwas links vom Grünen Main-Stream verorteten.

U.:

Also dieser Einzug in den Stadtrat war 1984 ja ein Riesenerfolg. Da hatten wir aber bereits die Erfahrung einer gewissen Eindeutigkeit aus der Zeit vorher. Wir wollten uns dem Parlamentarismus stellen und alle waren auch irgendwie damit einverstanden. Das hatte eine gewisse Aura, was die Wahl zu einer Art Selbstläufer machte.

W.:

Trotzdem gab es zu diesen Kommunalwahlen unterschiedliche Konzepte in unserer Stadtnachbarschaft. Teilweise kandidierten Grüne allein unter ihrem Namen, in Essen im breiteren Bündnis als GAL, aber in Konkurrenz zur DKP, in Oberhausen als „Bunte Liste“ ausdrücklich unter Einschluss der DKP. Waren das nicht eher verwirrende Positionen?

U.:

Ich hab ja erlebt, welches Organisationstalent die Kommunisten aufbringen konnten. Viele davon sind als Einzelpersonen später auch Mandatsträger, auch im Bundestag, geworden. Sie haben sich in diesen Prozessen auch selbst verändert. Ich denke aber, dass Kommunisten in der Regel Schwierigkeiten mit der Basisdemokratie haben. Den demokratischen Zentralismus, die Diktatur des Proletariats, das fanden die ja gut. Wir fanden das falsch. Die gehörten dann so in die Partei auch nicht rein. Die mussten dann nicht erklären, ob sie z.B. aus dem KBW ausgetreten sind, aber indem sie den Grünen beigetreten waren, wurde das veränderte Wertesystem klar. Viele alte Ex-Kommunisten haben bei den Grünen dann ja durchaus Karriere gemacht.

W.:

Die Entwicklung hatte wohl viele Facetten, ob es eine trotzkistische Vergangenheit gab oder eine leninistisch-dogmatische. Wenn ich an den Grünen Bundestagsabgeordneten Ebermann aus Hamburg denke, der für sich immer darauf beharrte, Kommunist geblieben zu sein und schließlich sein Bundestagsmandat abgab und aus den Grünen wieder austrat.

U.:

Das war eine heftige Zeit. Bei Ebermann gab es ja den KB, den Kommunistischen Bund als früheren Hintergrund. Er war auf jeden Fall so ehrlich, dass er sagte, mit mir nicht. Dieses Recht ist ihm ja unbenommen.

W.:

Bei unseren Nachbarn in Oberhausen hatte die Bunte Liste in Zusammenarbeit mit der DKP doch 10 Jahre gehalten. Hier im Essener Norden hatten wir ebenfalls zwischen Karnap, Altenessen und Stoppenberg in den Stadtbezirken 5 und 6 über 10 Jahre eine Bürgerliste-Nord, in der ganz förmlich neben parteiungebundenen BürgerInnen sowohl Grüne, wie die DKP, integriert waren. Das brachte manchmal Schwierigkeiten, war aber nicht unbedingt eine Katastrophe. Zumindest auf der bezirklichen Ebene hatte das ganz gut geklappt, die Schwierigkeiten ergaben sich erst in den Gegensätzen der höheren Politikebenen.

Bei diesem rasanten Weg von einer noch chaotischen Kreisverbandsgründung, zu einer Stadtratsfraktion, die auch dort politisch etwas bewegen kann, was ist dabei dein Part. Du bist doch wahrscheinlich einfach zahlendes Grünes Mitglied geworden?

U.:

Ja, ich hatte auch anderes gemacht. Ich habe eher im Hintergrund gewirkt. Das war so meine Rolle. Ich war mal Pressesprecher, anderes weiß ich gar nicht mehr so genau. Aber ich hatte keine Vorstandsposten, das hatte ich damals abgelehnt. Ich fühlte mich einflussreicher, wenn

ich mich anderswo aufstellte. Und ich hatte noch andere Ziele. Ich wollte mich politisch nicht so verausgaben, dass ich keine Kraft mehr hätte, meinen Beruf gut zu machen. Man kann nicht an zwei Enden gleichermaßen gut brennen. Irgendwann wird man dann aufgezehrt. Man muss sich entscheiden.

W.:

Welche Menschen sind dir denn aus den Anfangsjahren noch in Erinnerung, die die Politik hier im Kreisverband geprägt haben und die vielleicht sogar die ganzen 30 Jahre durchgehalten haben?

U.:

Das war z.B. Manfred Dullien, der am Anfang Kreisverbandssprecher war, aber das war die kommunale Ebene: Manfred hat sich dann landesweit dazugesellt, aber er hat da keine weitere Position mehr gekriegt. Da waren andere Leute wie Wilhelm Knabe., Da war Schütz, der war Porschefahrer, das war damals so eine Art Provokation für uns, wie man als Grüner Porsche fahren konnte. Aber er setzte sich auch energisch ein, das muss man schon sagen.

Dann ging das aber bald in diese große Kiste rein, mit Beuys, mit Rudi Dutschke. Für uns war es eine große Bestätigung, dass diese Leitfiguren der Linken auf einmal bei den Grünen alle mitmachten.

W.:

Der Rudi Dutschke ist ja dann leider schon im Dezember 1980 gestorben. Er war aber tatsächlich richtiges Mitglied bei den Grünen?

U.:

Ja war er.

W.:

Beuys ist dann ja beim Grünen Bundesparteitag gescheitert. Er wollte ein Bundestagsmandat haben, und das hat ihm die Versammlung nicht gegeben. Da war er wohl etwas enttäuscht.

U.:

Tja, bei den ganzen Konzepten, die der hatte, aber er war ein schillernder Typ.

W.:

Wir bringen jetzt eine Menge ins Spiel. Aber das, was zumindest in den letzten 20 Jahren Grüne auch ausmacht, Quotierung, Fragen der Gleichberechtigung von Männern und Frauen fehlt bisher. Es ging bisher nur um Männernamen. Haben Frauen, zumindest was den Essener Grünen Kreisverband betrifft, keine Rolle gespielt?

U.:

Es gab Frauen, die haben sich aber nicht so reingehängt. Marion Trautmann, die hat das getan. Sie war auch eine Frau der ersten Stunde. Dann gab es die Renate Hake-Neuser. Die haben aber mehr im künstlerischen Bereich gearbeitet. Die haben ihre Ideen zur Verfügung gestellt, waren aber nicht aktiv, um eine Parteiorganisation aufzubauen..

W.:

D.h. die Frauenpolitik hat erst eine Rolle gespielt bei der Gründung der GAL. Bei der Listen-aufstellung zur Kommunalwahl 84, als es heftige Kämpfe um Quotierung und Gewichtung der Genderfragen gab, war dieses Politikfeld dann wohl in Essen angekommen.

U.:

Das war eine sehr wichtige Entwicklung, diese Probleme dann zu lösen und die Kraft der Frauen für die Entwicklung zu nutzen. Ich fand das eigentlich ganz gut, dass die dann an erster Stelle standen. Zuerst eine Frau, dann kam ein Mann.

W.:

Das ist ja bis heute noch so in unserer Parteisatzung verblieben.

U.:

Das war auch ein Stück positiver Diskriminierung – aber es war hilfreich. Da ist eine Kraft daraus entstanden, weil Frauen dann auch in die Verantwortung hereinkamen. Das hatte ich immer gemerkt, dass sie sich oft nicht trauten, dann Dinge und Forderungen auszusprechen. Mit der Zeit kam das dann aber und inzwischen ist es selbstverständlich. Es hat in diesen 30 Jahren ein Stück Kulturrevolution stattgefunden, dass Frauen da richtig reingekommen sind und das Feld auch bestimmen.

W.:

Kernfelder grüner Politik sind Umweltschutz, Gleichberechtigung. Aktuell ist jedoch der Umgang mit Migration und Integration ein wesentlicher Punkt grüner politischer Arbeit.. War das Hinarbeiten auf eine tolerante multikulturelle Gesellschaft anno 1980 schon ein Thema bei Grünen oder ist das erst später als Schwerpunkt dazu gekommen?

U.:

Als Lehrer bin da eingestiegen, und zwar schon vor 30 Jahren. Bei der Gründung der Gesamtschule Essen-Mitte, (*die heutige Frida-Levy-Gesamtschule*), ich glaube 1984, durfte ich einen sogenannten Ausländerschwerpunkt mitentwickeln. Das war aber mehr eine private Sache. Lehrer fühlten sich dafür eigentlich nicht zuständig. Man konnte Deutsch oder man konnte kein Deutsch. Und wenn man kein Deutsch oder nur schlecht Deutsch konnte, dann wurden Lehrer beauftragt, das irgendwie zu klären und die anderen Institutionen waren aus der Verantwortung raus.

Da findet erst heute eine Veränderung statt. Ironischerweise ist es eine konservative Regierung, die diese Probleme ernst nimmt und durchsetzt, dass jeder Lehrer lernt, wie mit Schülern umzugehen ist, die hier Schwierigkeiten haben. Die das Lernen auch anders ver-

stehen, die sehen, das Schüler auch etwas können. Das alles ist eine relativ frische Geschichte..

W.:

Da müsste dann auch zugegeben werden, dass Migrationsthemen in den ersten Jahren bei den Grünen nicht unbedingt ein Thema waren.

U.:

Das war tatsächlich kein Thema. Es wurde bei Grünen allerdings gesehen, dass Deutschland eine Einwanderungsgesellschaft geworden war. Als es darum ging, sich mit der von der CDU angestifteten deutschen Leitkulturdebatte, Einbürgerungen und dem dahinter stehenden Staatsrecht auseinander zu setzen, waren Grüne schon aktiv. Lange gab es in der Gesellschaft eine doppelte Lebenslüge, weil auch die Seite, die eingewandert war, daran glauben wollte, dass man wieder zurückginge.

W.:

Ich möchte noch ein weiteres Thema der achtziger Jahre ansprechen. Die Friedens- und Ostermarschbewegung gegen den Nato-Doppelbeschluss und die riesigen, erstmals in der BRD 100000 und mehr Menschen umfassenden Demonstrationen gegen weitere Pershing und SS 20 Raketen waren doch ein klassischer Bestandteil des grünen Politikalltags.

U.:

Das war ein ganz wichtiger Mobilisierungsfaktor, da fühlte man sich dann zuhause, das war so etwas, wo man auch mit marschierte. Bei den Ostermärschen noch nicht, aber bei den Friedensdemos. Aber es war auch immer klar, die Pershings sind das eine, die SS 20 das andere. Das hatte immer ein doppeltes Gesicht. Man konnte etwas machen gegen die Pershings. Ich glaube auch, dass es einen Einfluss auf östliche Gesellschaften hatte. Die Entscheidungsträger drüben fragten dann, was ist denn da los, die machen da was. Die mussten dann überlegen, vielleicht selbst etwas lockerer zu lassen. Das war ja vorher eine völlig verfahrene Kiste.

W.:

Naja mit den eigentlich immer noch bekannten Parolen „Schwerter zu Pflugscharen“, die wie ich glaube von Bert Brecht stammen, sind wir dann schon bei der DDR Bürgerrechts- und Friedensbewegung, wenn sie natürlich auch von Petra Kelly benutzt wurden..

Da sind wir aber an einem besonders neuralgischen Punkt. Unser Verhältnis zur Bundeswehr hat sich in diesen 30 Jahren doch außerordentlich geändert. Es gibt unseren früheren Außenminister Fischer, der die Grünen mit Vehemenz dazu gebracht hat, Militäreinsätzen der Bundeswehr im Namen der Menschenrechte zuzustimmen. Hättest du dir 1980 eine solche Entscheidung der Grünen für Kriegseinsätze vorstellen können?

U.:

Das war undenkbar. Bundeswehr war zu der Zeit erst einmal ein Feindbild. Dann kamen dann ja Generale dazu, der Bastion und so weiter. Der hat sich nicht distanziert von der Bundes-

wehr, aber er ein Symbol dafür, dass sich so jemand auch einloggen kann bei den Grünen. Letztlich hat er ja die Kelly umgebracht. Sein Verhältnis zur Gewalt war durchaus nicht geklärt, durch die Lebenspraxis eben anders geklärt.

W.:

Bei der Grünen Positionsentwicklung zur militärischen Gewalt, die früher eigentlich nur als Selbstverteidigung akzeptiert wurde, erschreckt dich da ein Grünes Ja zur Bundeswehr am Hindukusch oder im Kosovo/Jugoslawienkrieg?

U.:

Wir haben am Anfang im Grunde überhaupt kein Verhältnis zur Gewalt gehabt. Wir grenzten uns ab gegenüber unseren Vätern, die im 2. Weltkrieg den totalen Mist gebaut hatten. Diese Väter haben Deutschland im Grunde kaputt gemacht. Deutschland ist mit militärischem Denken so geschadet worden. Mit dieser Mentalitätsgeschichte unseres Landes musste die Entwicklung zwangsläufig in einer Katastrophe enden..

In der Gegenwart allerdings müssen wir ein erwachsenes, reflektiertes Verhältnis auch zur Gewalt finden.

W.:

Das reflektierte Verhältnis zur Gewalt bedeutet dann aber auch, Krieg wieder als Mittel der Politik zu legitimieren. Man nimmt bestimmte politische Grundsätze und erklärt dann in Afghanistan oder dem Kosovo ist Militärgewalt dann erlaubt. Gerade nach den Erfahrungen des Jugoslawienkrieges und des früheren SPD-Verteidigungsministers Scharping, der einen perfiden „Hufeisenplan“ der Serben gegen die Kosovaren aus der Tasche zog, der sich später als reine Erfindung herausstellte, muss man sagen, der Krieg für Menschenrechte ist oft sehr zweifelhaft geblieben. Das durch die Bundeswehr in Afghanistan veranlasste Bombardement gegen eine Dorfbevölkerung, die dort einen Tanklastzug ausrauben wollte, all das sind ja keine Notwehrhandlungen Deutschlands.

Nicht dieses tödliche Bombardement, aber diese Bundeswehreinsetze insgesamt sind ja mit weitgehender Grüner Zustimmung auf den Weg gebracht worden. In dieser Konsequenz haben der Grünen Partei dann viele frühere Aktive, die der Friedensbewegung nahestanden den Rücken gekehrt. War diese Trennlinie nötig?

U.:

Ich denke schon, dass diese Trennungslinie sein musste. Ich hoffe, wir betreiben jetzt eine ernsthafte Auseinandersetzung, wie wir mit dem Gewaltapparat umgehen können. Wir müssen über die Grenzen von Gewalteinsätzen reden. Vorher hatten wir damit doch nix zu tun. Wir konnten sagen, hm.hm.hm, das müssen die Amerikaner machen, die machen es ja sowieso. Die Generation existiert nicht mehr. Jetzt brauchen wir den eigenen Weg, eine selbstverantwortliche Haltung zur staatlichen Gewalt..

Ich erinnere mich noch an Debatten, die Otto Schily damals noch bei den Grünen führte. Es ging um das Gewaltmonopol des Staates, das eine ganz wichtige demokratische Errungenschaft ist. Gewalt darf eben nicht individualisiert werden. Es darf da nicht jeder agieren, wie es ihm in den Kram passt. Gerade im Inneren, im Bereich der Menschenrechte, müssen die

Auseinandersetzungen klare Spielregeln besitzen, die erkennbar für jedermann fest umrissen sind. Im Grunde gilt das aber auch für unser Verhältnis zu anderen Staaten.

W.:

Deine Vorstellung des Erwachsenwerdens der Partei bedeutet also, den staatlichen Gewaltapparat nicht zu verleugnen, sondern lernen, ihn sinnvoll einzusetzen. Dass so dann ehemalige Grüne Mitstreiter aus der Friedensbewegung deshalb jetzt die Linkspartei wählen,, müsste dann la wohl hingenommen werden.

U.:

Wenn ausgerechnet die Linkspartei, die doch auch in der Tradition der SED, mit ihrem völlig anderen, auch militärisch positiven Gewaltverständnis steht, jetzt grundsätzlich jedweden, selbst Blauhelmeinsatz der Bundeswehr ablehnt, bleibt das eine ungläubwürdige Position.

W.:

Nach dreißig Jahren hat sich bei Grünen auch in anderen Programmpunkten einiges geändert, sie sind vielleicht schon rundum arriviert. Siehst du trotzdem in der Grünen Programmatik oder im Alltagsstil der Partei noch wichtige

Elemente, die uns von anderen Parteien unterscheidet?

U.:

Ich sehe auf jeden Fall das Kerngeschäft und das ist die Klimakatastrophe. Noch gibt es ja andere Gruppen, die weiterhin bestreiten, dass es diese Katastrophe überhaupt gibt. In diesem Bereich sind Grüne nach wie vor ganz, ganz wichtig und müssen sich dort auch „setteln“. Wir müssen hier Antworten finden, die es zum Glück aus dem grünen Spektrum ja auch geliefert werden. Es ist ja nicht so, dass da in den vergangenen Jahrzehnten nichts passiert wäre.- die regenerativen Energien und optimierte Konzepte, wie sie in den Alltag einfließen können.

Unsere Grünen sehe ich auf keinem schlechten Weg. Wenn ich allerdings die derzeitige Regierung und ihre Neu-Debatte um verlängerte Laufzeiten der Atomkraftwerke erlebe, während immer noch keine Entsorgungslösung der AKW-Brennstäbe gefunden ist, bereitet das ernste Sorgen. Andererseits wird jetzt der Asse Salzstock für Atommüll – hoffentlich - saniert.

Es bleiben widersprüchliche Verhältnisse unter dieser schwarz-gelben Bundesregierung. Man denkt immer so an die FDP, an Steuersenkungen und an ihr Geld von Mövenpick. Ob das mit der Atom-Lobby und der FDP auch so glatt gehen wird, da warten wir doch noch mal auf Überraschungen, Bei den AKWs ist die FDP noch unentschieden..Das bleibt aber ein Intermezzo. Ich hoffeee doch, irgendwann sind die Grünen dann wieder mit im Boot, dann geht das parlamentarische Spiel anders weiter.

W.:

Damit wären wir fast wieder am Beginn grüner Geschichte, als die Debatte um parlamentarisches Spielbein und außerparlamentarisches Standbein tobte. Kann es sein, dass

mehr Bewegung auf der Straße wieder wichtiger wird, als ein schön formulierter, aber dann abgelehnter Antrag im Bundestag oder dem Rathaus?

U.:

Ich denke, wir da schon weiter gekommen. Selbst im konservativen Spektrum werden umweltpolitische Initiativen ernstgenommen, z.T. ja auch dort mitentwickelt. Die Grünen bleiben hier trotzdem wichtig. Das Themenspektrum der Grünen hat sich in vielen anderen Gruppen verwurzelt, damit allerdings auch gespreizt.

Es gilt jetzt wie vor 30 Jahren den Menschen klarzumachen, hier steht mit der Klimakatastrophe ein Thema an, das nicht nur intellektuell bearbeitet werden will. Wir müssen sie dafür gewinnen, daraus merkbare Konsequenzen im alltäglichen Lebensstil zu ziehen. Vielen ist klar, dass Mülltrennung ein Teil des Umweltschutzes ist. Viele betreiben ein bisschen privaten Umweltschutz aber wie einen Ablasshandel gegenüber den notwendigen großen Veränderungen..

W.:

Deine Antwort sagt mir, Grüne haben sich 30 Jahre nach Ihrer Gründung noch lange nicht überlebt. Ist die Erinnerung an die Essener Gründung auf der Margarethenhöhe für dich denn ein Anlass, eine Flasche Wein oder einen Sekt, natürlich aus biologischem Anbau aufzumachen? Oder meinst, so wichtig war dieses Datum denn doch nicht?

U.:

Ich denke schon, man sollte da auch eine Flasche Sekt aus biologischem Anbau aufmachen.

W.:

Mit diesem Ratschlag wollen wir unser Interview beenden. Ich danke Udo Steinhauer und wünsche ihm, dass er weiterhin nicht nur seine politischen Ideen in den Grünen, sondern auch das Wissen seiner Schüler und Schülerinnen gut pflegen kann.

Das Interview führte Walter Wandtke

Vorgeschichte der Essener GRÜNEN 1978-1979

(Politarchäologe DR. MANFRED DULLIEN)

Frühjahr 1978 (NRW):

Gründung des Landesverbandes NRW der Grünen Liste Umweltschutz (GLU) als politische Partei

August 1978 (NRW):

Mitgliederstand GLU NRW: ca 140

August 1978 (bundesweit):

Spaltung der GLU in GAZ (Grüne Aktion Zukunft) und GLU. Spaltungsthema war (jedenfalls in NRW) die Angst der späteren GAZ-Leute vor kommunistischer Unterwanderung, die von der Rest-GLU nicht geteilt wurde

Herbst 1978 (Essen):

Gründung je eines Essener Kreisverbands von GLU und GAZ, mit nicht viel mehr als jeweils 7 Mitgliedern

Ab Dezember 1978 (bundesweit):

GAZ und GLU raufen sich wieder zusammen. Im Hinblick auf die Europawahl im Juni 1979 ziehen sie noch einige kleinere Gruppierungen hinzu und bilden eine „Sonstige politische Vereinigung“, erstmals unter dem Namen „DIE GRÜNEN“.

10.6.1979 (bundesweit):

„DIE GRÜNEN“ beteiligen sich an der Europawahl und bleiben unter 5%. (3,2%)

10.6..1979 (Essen):

Auch In Essen haben sich GLU und GAZ zum Europa-Wahlkampf als „DIE GRÜNEN“ zusammengerauft. Wahlergebnis: 2,7%.

Ab Juni 1979 (bundesweit):

Die in der „Sonstigen politischen Vereinigung“ zusammengeschlossenen GRÜNEN streben die Bildung einer gemeinsamen Partei an und öffnen sich auch für andere Strömungen, die politisch weiter links stehen („Alternative“, „Bunte Listen“, etc.).

Sommer 1979 (Essen):

Im Hinblick auf die Kommunalwahl im September fusionieren die beiden Essener Kreisverbände von GLU und GAZ endgültig zur „Wählergemeinschaft DIE GRÜNEN“

30.9.1979 (Essen):

Die Wählergemeinschaft „DIE GRÜNEN“ tritt in 23 von 42 Essener Wahlkreisen zur Kommunalwahl an. Wahlergebnis über ganz Essen gerechnet: 1,6 %. Wahlergebnis, wenn nur die 23 Wahlkreise mit den GRÜNEN auf dem Wahlzettel gerechnet werden: ca. 3%

24.11.1979 (Essen):

Mitgliederstand der Wählergemeinschaft DIE GRÜNEN: 47

Anfang 1980 (bundesweit):

Es kommt zur Gründung der Partei „DIE GRÜNEN“ auf Bundesebene.

Mit der Parteigründung kommen neue Strömungen (stärker linksorientiert) hinzu, die in der Folgezeit die Mehrheit in der Partei bilden.

Einige ehemalige GAZ-Aktive sind mit der Entwicklung unzufrieden, treten aus und gründen die ÖDP, die noch heute als Splitterpartei existiert.

3.2.1980 (Essen):

Neugründung der Essener GRÜNEN als KV der inzwischen gegründeten Bundespartei

14.2.1980 (Essen):

Laut Mitgliederrundbrief vom 14.2.1980 fing der neue KV mit einem Kassenbestand von 3.300 DM an, die im wesentlichen aus Wahlkampfveranstaltungen stammten - ein Erbe der Wählergemeinschaft

Kais Brief aus Berlin

In seinem aktuellen Brief aus Berlin bezieht unser Bundestagsabgeordneter Kai Gehring deutlich Stellung in der aktuellen Hartz IV-Debatte und zu den polemischen Äußerungen aus der FDP: <http://tinyurl.com/ylrntl3>

Ka[i]nfo_Essen 02.2010

Liebe Freundinnen und Freunde, seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Neureglung der Hartz 4-Sätze ist eine politische Debatte zur Zukunft des deutschen Sozialstaates entbrannt. Doch es sind bisher keine lösungsorientierten, sondern die stark polemischen und diffamierenden Einlassungen des Vizekanzlers und Außenministers Guido Westerwelle, die die Diskussion beherrschen. Mal als Verfechter vermeintlicher Leistungsgerechtigkeit, mal als verkannter Historiker holzt der FDP-Chef seit gut zwei Wochen gegen die Ärmsten der Armen. Das Verfassungsgerichtsurteil ist ihm dabei in der Sache völlig egal.



Offenbar sind es die miserablen FDP-Umfragewerte auf Bundesebene und die nahende NRW-Wahl, die Westerwelle den Angstschweiß auf die Stirn treiben. In gut 100 Tagen das Wahlergebnis im Bund zu halbieren und zwischen Rhein und Ruhr in Richtung 5%-Hürde zu schlittern, da kann man schon mal die politischen Realitäten aus den Augen verlieren: Der Missbrauch unter Hartz 4-BezieherInnen ist mit ca. 2 Prozent verschwindend gering, die Höhe der in die Schweiz verschobenen und dort hinterzogenen Steuern, hingegen nicht. Mahnende Worte aus den Reihen der FDP zu Steuerbetrug, Banker-Boni und Raffgier einzelner Unternehmer waren und sind nicht zu hören. Nur zu verständlich, gibt es doch große Überschneidungen mit der gelben Kernklientel. All dies ist Thema meiner ersten [Podcast-Ausgabe](#), die ich euch hiermit ans Herz legen möchte. Zudem haben wir als Bundestagsfraktion [grüne Gegenargumente zu den falschen Behauptungen der Liberalen zusammengestellt](#).

Kern der Debatte muss es sein, Konsequenzen aus dem Karlsruher Urteil zu ziehen: Wir müssen den Sozialstaatsauftrag des Artikel 1 des Grundgesetzes ernst nehmen und erfüllen. Das Grundgesetz fordert, die Führung eines menschenwürdigen Lebens zu ermöglichen. Niemandem darf also das sozio-kulturelle Existenzminimum verweigert werden. Das hat das Bundesverfassungsgericht auch der Bundesregierung ins Stammbuch geschrieben. Ungewöhnlich schnell, bis zum 31.12. dieses Jahres, muss Schwarz-Gelb die Rechtslage ändern. Das Bundesverfassungsgericht stellt fest, eine sachgerechte Orientierung bei der Ermittlung der Regelsätze an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sei in keiner Weise erfolgt. Vielmehr seien in intransparenter Weise Abschläge und Ausklammerungen bestimmter Bedarfe erfolgt. Die Orientierung am Rentenwert bei der Erhöhung der Regelsätze sei nicht sachgerecht. Bei der Ermittlung der Regelsätze für Kinder und Erwachsene moniert das Bundesverfassungsgericht gar einen "völligen Ermittlungsausfall" und "eine freihändige Setzung". Auch die fehlende Berücksichtigung atypischer und laufender Bedarfe moniert das Bundesverfassungsgericht als Verstoß gegen das Grundgesetz und hält hier eine sofortige Abhilfe zu Lasten des Bundes für notwendig.

Wir wollen für die Ermittlung der künftigen Berechnungsgrundlage für die Regelsätze eine unabhängige Kommission mit Vertretern aus Fachwissenschaft, den Wohlfahrtsverbänden sowie von Sozial- und Jugendhilfe einrichten. Nur so ist sichergestellt, dass nicht sachfremde Überlegungen der Ermittlung des Regelsatzes zugrunde liegen.

Die Regelsätze müssen künftig dem sozialstaatlichen Gebot der Deckung des Existenzminimums Rechnung tragen und Bildungsausgaben berücksichtigen. Zwischen den Erhebungszeitpunkten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe müssen die Regelsätze an die Verbraucherpreisentwicklung im regelsatzrelevanten Bereich angepasst werden.

Wir wollen prüfen, in welchen Bereichen die allgemeine, bedürftigkeitsunabhängige Bereitstellung von Sachleistungen wie z.B. Schulbüchern besser als Geldleistungen eine chancen- und bedarfsgerechte Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am gesellschaftlichen Leben gewährleistet.

Liebe Freundinnen und Freunde,

uns als Grünen geht es um eine gerechte Zukunftsperspektive des deutschen Sozialstaates. Die Erhöhung der Regelsätze und die Schaffung einer Kindergrundsicherung sind dabei die richtigen Ansätze, billige Polemiken à la Westerwelle sind es definitiv nicht.

Wir Grüne kämpfen weiter für einen gesetzlichen Mindestlohn, für das grüne Progressiv-Modell, um Geringverdiener von Sozialabgaben zu befreien bzw. zu entlasten sowie für eine echte Bildungsoffensive, die junge Leute aus vererbten Armutskarrieren rausholt und Aufstieg durch Bildung für alle tatsächlich ermöglicht. Schwarz-gelb soll nicht auf Arbeitslosen und Hilfeempfängern rumhacken, sondern dafür Sorge tragen, dass 5 Millionen (derzeit fehlende) Vollzeit-Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen geschaffen werden!

Herzliche Grüße aus Berlin und bis bald in NRW,

euer :> Kai (Kai Gehring, MdB)